LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/19788**

09.06.2026

Antrag

der Fraktion der SPD

NRW muss wieder funktionieren: Wirtschaftsabstieg und Wohlstandsverluste nach vier Jahren Schwarz-Grün stoppen

I. Ausgangslage

Die Wirtschaftspolitik der Regierung Wüst ist eine Aneinanderreihung des Abwickelns, des Abwartens und der Außendarstellung. Als die schwarz-grüne, selbsternannte „Zukunftskoalition“ 2022 in die Legislaturperiode startete, stand kein Aufbruch, sondern ein wirtschaftlicher Abbruch: nach über 120 Jahren beendete Vallourec die industrielle Produktion in Düsseldorf und Mülheim an der Ruhr an den traditionsreichen Mannesmann-Standorten. Etwa 2300 Beschäftigte hatten plötzlich keine Zukunft mehr. Damit ist die Geschichte der schwarz-grünen Wirtschaftspolitik der letzten Jahre eigentlich schon auserzählt, denn diesem Beispiel folgten bis heute zahlreiche weitere.

Die Industrie- und Handelskammer NRW fasst es so zusammen: „Nach dem Abschwung der vergangenen sechs Jahre haben sich strukturelle Wohlstandsverluste manifestiert, die die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen belasten.“[1] Der Wachstumspfad habe sich strukturell verschlechtert und in der Industrie habe die NRW-Wirtschaft international an Boden verloren. Die Industrieproduktion sank seit Februar 2022 bis Ende 2025 um elf Prozent. Damit sei Wertschöpfung verloren gegangen, die sich so schnell nicht ersetzen lasse.[2]

Schwarz-Grüne Chronik des Wirtschaftsabstiegs

Die Liste der angekündigten und vollzogenen Arbeitsplatzverluste in NRW in den letzten Jahren bei mittelständischen Betrieben wie bei Konzernen sprengt den Rahmen. Stellvertretend seien daher folgende Arbeitsplatzverluste und Entlassungen genannt: 2.300 Stellen im ersten Schritt, mittelfristig bis 3.700 Stellen bei Ford, 900 bei Kostal, 700 bei Miele, 650 bei Oerlikon Barmag, 500 bei Flender, 460 bei Lanxess, 450 bei Venator, 230 bei Hülsta, bis zu den unzähligen kleineren Standorten wie jenem mit 54 Arbeitsplätzen bei Löwensenf. Wo darüber hinaus nicht nur eine Konsolidierung stattfindet, sondern das Werkstor gar nicht mehr öffnet, verschwinden regional bedeutsame Wirtschaftsstrukturen, Berufsperspektiven, Wohlstandsgewinne und kommunale Einnahmen dauerhaft. Neben Vallourec stehen auf dieser Liste unter anderem Standorte von Ineos in Gladbeck und Rheinberg, von ZF in Gelsenkirchen und Eitorf, von Evonik in Witten, von Thyssenkrupp in Hagen und Bochum, von Bofrost in Dormagen und Dortmund oder von Thomy in Neuss. Teilweise werden Produktionen geschlossen, teilweise

[1] https://www.ihk-nrw.de/hauptnavigation/unsere-schwerpunkte/konjunktur-ihk-nrw-5158882 [21.05.2026].
[2] Ebd.

Datum des Originals: 09.06.2026/Ausgegeben: 10.06.2026

in Bundesländer verlagert, die attraktivere wirtschaftliche Rahmenbedingungen schaffen – wie im Fall von Schaeffler, das von Steinhagen nach Schweinfurt umsiedelt. Andere Unternehmen mit Sitz in NRW wie Viega aus Attendorn schaffen Jobs andernorts und investieren in neue Produktionsstandorte in anderen Ländern – in diesem Fall 150 Millionen Euro im Saarland. Beide Varianten verdeutlichen Wettbewerbsverluste des Standorts Nordrhein-Westfalen: die NRW-Wirtschaft hat unter Schwarz-Grün nicht nur international, sondern auch im Bundeslandvergleich an Boden verloren.

Erstens belegt dies die industrielle Entwicklung deutlich. Besonders die wertschöpfungsstarke Industrie ist von Strukturwandel betroffen. Während Ministerin Neubaur dem Ziel der ersten klimaneutralen Industrieregion Europas kein Update verpasst, nimmt die De-Industrialisierung Fahrt auf. Anspruch und Realität klaffen zunehmend auseinander, sofern die Ministerin Klimaneutralität nicht mit Industrieabbau erreichen will. Die rund 4.700 Industriebetriebe mit mindestens 50 Beschäftigten in NRW haben im ersten Quartal 2026 im Vergleich zum Vorjahr 3,1 Prozent weniger umgesetzt. In den Bereichen Maschinenbau, Metallerzeugnisse und in der chemischen Industrie ist der Rückgang mit rund 5 bzw. 10 Prozent besonders deutlich.[3] Der Anteil des produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung (nominal) lag 2022 noch bei 26 Prozent, Ende 2025 nur noch bei 24,8 Prozent. Die Bruttowertschöpfung des produzierenden Gewerbes selbst hat sich in NRW im gleichen Zeitraum deutlich unterdurchschnittlich entwickelt: während sie in Baden-Württemberg um 7,85 Prozent, in Bayern gar um 10,76 Prozent und im Bundesschnitt um 9,33 Prozent stieg, waren es in NRW nur 5,57 Prozent unter den gleichen bundespolitischen Rahmenbedingungen und externen Einflüssen.[4]

Zwei weitere Indikatoren zeigen die Strukturkrise der Industrie besonders deutlich für NRW an: die sinkenden Exportzahlen und die Investitionen in Anlagen. Das exportorientierte Wirtschaftsmodell der vergangenen Jahrzehnte stößt aktuell bundesweit an seine Grenzen. Das Handelsvolumen sinkt, die Importwerte sinken. Aber in NRW läuft es schlechter: hier sinken auch die Exportwerte deutlicher als in anderen Ländern wie Baden-Württemberg oder Bayern, wo sie zuletzt gestiegen waren. NRW exportierte mit 218 Mrd. Euro im Jahr 2025 beinahe 20 Mrd. Euro an Warenwert weniger als 2022.[5] Betrachtet man die Investitionsquote anhand des Anteils der Bruttoanlageninvestitionen am BIP, ergibt sich für NRW über Jahre hinweg ein Wert von 3-5 Prozentpunkten unter dem Bundesschnitt.[6]

Rund 48.000 Industriearbeitsplätze gingen bisher während der schwarz-grünen Regierungszeit im Saldo verloren. Damit liegt NRW bei der absoluten Zahl der Industriebeschäftigten trotz deutlich höherer Einwohnerzahl klar hinter Baden-Württemberg und nur noch knapp vor dem nicht klassischen Industrieland Bayern.[7] Industrie verkommt unter CDU und Grünen in NRW zur Randerscheinung. In Nordrhein-Westfalen sind heute mehr Beschäftigte im Dienstleistungssektor tätig (78 Prozent) als im Bundesschnitt (rund 76 Prozent)[8], sodass man mittlerweile nur noch schwerlich von einer industriellen Herzkammer sprechen kann.

---

[3] https://www.it.nrw/nrw-industrie-chemische-industrie-mit-umsatzeinbussen-im-1-quartal-2026 [26.05.2026].
[4] https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online/statistic/82111/table/82111-0011/table-toolbar/search [01.06.2026].
[5] https://genesis.destatis.de/datenbank/online/statistic/51000/details [01.06.2026].
[6] https://service.destatis.de/DE/vgr-monitor-deutschland/investitionen.html i. V. m. https://statistik.nrw/wirtschaft-und-umwelt/volkswirtschaft/bruttoanlageinvestitionen/bruttoanlageinvestitionen?.com [01.06.2026], vgl. dazu die Feststellung der Ministerin im APr 18/895 vom 07.05.2025, S. 42.
[7] https://statistik.nrw/wirtschaft-und-umwelt/industrie/industrie-insgesamt/betriebe-beschaeftigte-entgelte-und-umsatz-im-verarbeitenden-gewerbe-sowie-bergbau-und-gewinnung-von-steinen-und-erden i. V. m. https://www.statistik.bayern.de/presse/mitteilungen/2025/pm346/index.html [01.06.2026].
[8] https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Tabellen/arbeitnehmer-wirtschaftsbereiche.html [01.06.2026].

Zweitens belegt den Abstieg auch die gesamtwirtschaftliche Betrachtung: das Bruttoinlandsprodukt in NRW ist anhaltend unterdurchschnittlich und liegt nominal pro Kopf 2025 mit 50.470 Euro klar unter anderen westdeutschen Flächenländern wie Baden-Württemberg (59.335 Euro), Bayern (62.200 Euro) und sogar klar unter dem Bundesschnitt (53.516 Euro).[9] Das BIP bewegt sich seit 2022 in NRW im Bereich zwischen minus 1,4 und plus 0,4 Prozent und pendelt damit zwischen Rezession und Nullwachstum, während andere Länder wachsen.[10]

Das manifestiert sich konkret in der Unternehmensentwicklung und in individuellen Schicksalen. Die Insolvenzen von Unternehmen erreichten in NRW nach kontinuierlichem Anstieg 2025 einen Höchststand seit mehr als zehn Jahren mit 6.502 Firmenpleiten.[11] Während diese Zahl im Bund seit 2022 um rund 61 Prozent gestiegen ist, waren es in NRW überdurchschnittliche 72 Prozent mehr an Unternehmensinsolvenzen.[12] Auch bei diesem Kennwert schneidet NRW besonders schlecht ab. Betroffen waren zuletzt besonders der Handel, das Bau- und das Gastgewerbe. Die Zahl der Gewerbeabmeldungen übersteigt in Summe der letzten vier Jahre zudem die Zahl der Gewerbeanmeldungen in NRW.[13]

Angesichts des branchenspezifischen Fachkräftemangels ist bedenklich, dass immer weniger Unternehmen in Nordrhein-Westfalen auch selbst ausbilden, zuletzt nur jeder fünfte Betrieb. Im Dezember 2024 waren das über 88.000 Betriebe. Die Zahl nimmt pro Jahr etwa um 1.000 Betriebe ab. Auch hier ist der Rückgang stärker als im Bundesschnitt.[14] Auch hier findet die Landesregierung keine Antworten. Die politischen Zielbekundungen, berufliche Bildung und das Ausbildungssystem zu stärken sowie Fachkräfte zu fördern sind in vier Jahren nicht in wirksame Maßnahmen überführt worden, im Gegenteil.

Oberhalb der Arbeitslosigkeit ist prekäre Beschäftigung in NRW besonders ausgeprägt – die Quote des Niedriglohnsektors liegt mit 21 Prozent 2022 und mit 18 Prozent 2025 jeweils zwei Prozentpunkte über dem Bundesschnitt.[15] Die parallele Reduktion in Bund und Land ist wesentlich durch die Erhöhung des Mindestlohns der SPD-geführte Bundesregierung im Laufe des Jahres 2022 auf 12 Euro Stundenlohn zu erklären.

Diese Zahlen verdeutlichen die schlechten wirtschaftlichen Zustände unter der Regierung Wüst. Der ifo-Geschäftsklimaindex der NRW.BANK, der sich aus einer Unternehmensbefragung zur Geschäftslage und zur Geschäftserwartung berechnet, untermauert dies. Er befindet sich in der gesamten schwarz-grünen Regierungszeit seit 2022 bis auf einen Ausreißer im Frühjahr 2023 im Minusbereich. Damit ist die Einschätzung der Wirtschaftslage durch die Unternehmerinnen und Unternehmer in Nordrhein-Westfalen unter der Regierung Wüst durchgängig negativ und so schlecht wie in den ganzen zehn Jahren zuvor nicht – ausgenommen Lockdown und Pandemie 2020.[16]

---

[9] https://interaktiv.statistik.nrw/app/b3c25d880aec52ea [01.06.2026].
[10] https://www.statistikportal.de/de/vgrdl/ergebnisse-laenderebene/bruttoinlandsprodukt-bruttowertschoepfung/bip#9535 [01.06.2026].
[11] https://www.it.nrw/nrw-mehr-unternehmensinsolvenzen-im-jahr-2025-128203 [01.06.2026].
[12] Ebd. i. V. m. https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Unternehmen/Gewerbemeldungen-Insolvenzen/Tabellen/lrins01.html#242428 für den Bund sowie https://www.it.nrw/nrw-2022-gab-es-323-prozent-weniger-insolvenzen-als-zehn-jahre-zuvor-113226 für NRW.
[13] https://statistik.nrw/wirtschaft-und-umwelt/unternehmen/gewerbeanzeigen/gewerbeanzeigen-nach-berichtsjahren [01.06.2026].
[14] https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/datei/2025_ausbildungsmarkt_broschuere_nrw_ba254978.pdf [01.06.2026].
[15] https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/12/PD25_434_623.html sowie https://www.it.nrw/nrw-18-aller-jobs-lagen-im-april-2025-im-niedriglohnbereich-127986 [01.06.2026].
[16] https://www.nrwbank.de/de/info-und-service/presseinformationen/2026/260401_PI-ifo-maerz.html [21.05.2026].

Aber auch der Blick in die überschaubare Zukunft bleibt negativ. Laut Lageindikator der aktuellen Geschäftsentwicklung, den die IHK NRW erstellt, sind die Geschäftserwartungen in den verschiedenen Branchen Anfang 2026 durchweg negativ, ausgenommen sind lediglich Finanz- und Versicherungsdienstleistungen sowie unternehmensbezogene Dienstleistungen. Bei den Investitionsplanungen der NRW-Wirtschaft sei darüber hinaus eine Trendwende nicht in Sicht. Mehr Unternehmen reduzieren die Investitionen, als dass sie sie ausweiten. Der Investitionsindikator liegt seit zwei Jahren bei rund minus zehn Punkten. Branchen im internationalen Wettbewerb wiederum investieren aktuell bevorzugt im Ausland – allein in der Chemieindustrie investieren 55 Prozent der Unternehmen außerhalb Deutschlands.[17]

Statt aktiver Wirtschaftspolitik: abwarten und ablenken als politische Maxime

Diese wirtschaftlichen Kennzahlen veranschaulichen: Nordrhein-Westfalen ist auf einem absteigenden Ast. NRW fällt gegenüber konkurrierenden Standorten wirtschaftlich klar zurück. NRW hat in den letzten Jahren viel Substanz verloren – insbesondere in der industriellen Wertschöpfung. Das ist weder Naturgesetz noch allein Folge externer Schocks; das ist die negative Bilanz nach vier Jahren schwarz-grüner Regierungspolitik. Das ist die Bilanz von schwarz-grünem Aussitzen und schwarz-grüner Außendarstellung.

Das Aussitzen und Abwarten als erste Seite der Medaille für die Teilnehmerurkunde der Regierung Wüst wird in der Industriepolitik besonders deutlich. Es beginnt mit besagtem Fall Vallourec: dies seien rein unternehmerische Entscheidungen, man bedauere diese, stehe im Austausch, habe ein offenes Ohr. Darüber hinaus: nichts. So setzt es sich bei jeder Standortschließung oder Ankündigung von Entlassungen in den letzten Jahren fort: Als INEOS die Standortschließung in Gladbeck mit etwa 280 betroffenen Beschäftigten bekanntgab, forderten die Bürgermeisterin und der Stadtrat per Beschluss die Landesregierung, dazu Herrn Wüst und Frau Neubaur persönlich, zum Handeln auf.[18] Handlungen sind nicht bekannt geworden. Bei der Ankündigung von BP, die eigene Raffinerie der Ruhr-Oel-GmbH mit 1.800 Beschäftigten in Gelsenkirchen zu veräußern oder notfalls zu schließen, hielt sich die Landesregierung zurück. Man stehe im Austausch mit den Betriebsräten, der Unternehmensseite, den Gewerkschaften, ließ die Ministerin im Wirtschaftsausschuss wissen.[19] Und auch als die Thyssenkrupp AG die Zerschlagung des Gesamtkonzerns und den Umbau in eine Holding ankündigte, trat die Ministerin als Mahnerin auf, der Konzern müsse Vertrauen zurückgewinnen, Verantwortung übernehmen für Beschäftigte, Region und eigene Rolle in der industriellen Transformation Deutschlands.[20]

Die SPD-Fraktion hatte bereits im ersten industriepolitischen Antrag dieser Legislaturperiode zu Vallourec (Antrag 18/61[21]) eine aktive Industriepolitik der Landesregierung eingefordert – die jedoch bis heute ausbleibt. Das Land tritt als Beobachter an der Seitenlinie auf, während Strukturen wegbrechen. Um Unternehmen bei der Umstellung der Produktionen auf CO2-freie Prozesse bei Investitionen zu unterstützen, forderte die SPD-Fraktion eine Fondslösung aus privatem Kapital zur Transformationsfinanzierung. Die Landesregierung entwickelte erst nach Jahren mit der NRW.BANK das Darlehensprogramm Invest Zukunft, das diesen Bedarf aber noch unzureichend adressiert und in seiner Konzeption nicht mit einem Transformationsfonds

[17] https://www.ihk-nrw.de/hauptnavigation/unsere-schwerpunkte/konjunktur-ihk-nrw-5158882 [26.05.2026].
[18] https://landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMZ18-301.pdf, S. 2.
[19] APr 18/964 vom 10. September 2025, S. 51.
[20] APr 18/918 vom 28. Mai 2025, S. 15.
[21] Titel: „Die Landesregierung lässt die Beschäftigten von Vallourec im Stich. Für das Ziel einer klimaneutralen Industrie in Nordrhein-Westfalen braucht es eine aktive Industriepolitik, um den Ausverkauf kritischer Infrastruktur im Land zu unterbinden und die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft zu unterstützen“

vergleichbar ist, der auf temporäre strategische Unternehmensbeteiligungen setzt statt auf Darlehen und Kredite. Denn im Fokus steht die aktive Rolle des Staates, der für ein Zutun öffentlicher Gelder auch Mitsprache einfordert, Beschäftigung sichert und Sicherheiten für öffentliche Garantien erhält. Die Wirtschaftsministerin vertritt eine davon unterscheidbare Auffassung, „dass Unternehmen, die eine Investitionsentscheidung träfen, nicht planten, das Land wieder zu verlassen."[22] Nachhaltigkeit ist bei Investitionsentscheidungen jedoch nicht garantiert – wie nicht erst Thyssenkrupp Steel in Duisburg oder vormals Nokia in Bochum zeigen.

Schon im November 2022 wurde der Weg schwarz-grüner Wirtschaftspolitik deutlich: die Wirtschaft schrumpfte im dritten Quartal um 2,8 Prozent, mehr als in allen anderen Bundesländern. Die SPD-Fraktion adressierte den Umsteuerungsbedarf mit dem Antrag 18/1692 – „NRW auf dem letzten Platz – nach katastrophalem Schrumpfen der Wirtschaft muss die Landesregierung mit aktiver Wirtschaftspolitik die Wende schaffen".

Unter der Aufmerksamkeitsschwelle der Grundstoff- oder Schwerindustrie findet seitens der Landesregierung gar keine spürbare Wirtschaftspolitik statt. Der wirtschaftliche Mittelstand und die kleinen Gewerbe finden sich in der schwarz-grünen Wirtschaftspolitik gar nicht wieder.

Zentrales Instrument, die mittelständische Wirtschaft in NRW einzubeziehen und Gesetzesvorhaben „mittelstandsfreundlich" auszugestalten, sind der Mittelstandsbeirat mit der Clearingstelle Mittelstand. Diese prüft auf Antrag der beteiligten Ministerien Vorhaben auf ihre wirtschaftlichen Auswirkungen und macht ggf. Vorschläge zur Anpassung bei gleicher Zielerreichung. Die Koalition von CDU und Bündnis 90/Die Grünen hatte in einem der wenigen wirtschaftspolitischen Plenaranträge (18/5974) der Legislatur die Stärkung der Clearingstelle gefordert. Auch wurde gefordert, sie „aus allen Ministerien konsequent zu beteiligen". An diesem eigenen Anspruch ist Schwarz-Grün gescheitert. Die Bilanz spricht für sich: die Clearingstelle weicht auf die Begutachtung von Bundes- und EU-Initiativen aus, weil die Landesregierung sie nicht einbindet. Bei jeweils 11 bis 16 Clearingverfahren in den letzten Jahren gab es 2022 nur zwei zu Landesvorhaben[23]; 2023 waren es drei Landesvorhaben[24]; 2024 waren es wiederum drei Landesvorhaben[25] und 2025 gab es auch nur vier Landesverfahren.[26] Die Wirtschaftsministerin sah sich gar genötigt, die Ausschussmitglieder aufzufordern, ihre Kabinettskolleginnen und -kollegen der Landesregierung zur Mitarbeit bewegen zu bewegen. Der Vorsitzende des Mittelstandsbeirats Kirchhoff deutlicher und forderte: „wir sollten zusehen, insbesondere bei uns im Land mehr und enger zusammenzuarbeiten."[27] Er konstatierte vor einem Jahr: „Ein Kernproblem liegt auch ein bisschen im Wechselspiel zwischen den Ministerien und der Clearingstelle."[28] Ankündigungen der Regierungskoalition zu Gesetzesvorhaben zur Stärkung der Clearingstelle sind bereits mehrfach folgenlos geblieben.

Eine solche Ignoranz gegenüber dem Mittelstand in Nordrhein-Westfalen zeigt sich auch in der Verwendung der Haushaltsmittel: der Mittelstand wird schlicht ausgeblendet und nicht bedacht. Die Finanzmittel für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und für mittelständische Wirtschaft sind seitens des Wirtschaftsministeriums Jahr für Jahr gekürzt worden, um bei vergleichsweise geringen Ausgaben (gemessen am Etat von 2,2 Mrd. Euro für das Wirtschaftsministerium) einen geringen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten. Die Bilanz folgt dem Motto „mehr Rotstift als Zukunft": Im Haushalt 2025 sind die Mittel für Digitalisierung und Innovationen in KMU um fast ein Drittel gekürzt worden. Die Mittel zur Förderung des Handels

[22] APr 18/895, S. 43.
[23] Vorlage 18/1276, S. 5.
[24] Vorlage 18/2980, S. 3.
[25] Vorlage 18/3811, S, 6.
[26] Vorlage 18/4971, S. 7.
[27] APr. 18/895, S. 9 f. (Zitat Kirchhoff), S. 16 (Aussage Neubaur).
[28] Ebd., S. 14.

sind als Haushaltskonsolidierungsbeitrag um drei Viertel eingekürzt worden von 1,5 Millionen Euro auf 460.000 Euro. Für den Mobilfunkausbau, Cybersicherheit und Resilienz in der Wirtschaft sind die Mittel auf 10 Millionen Euro halbiert worden. Die Mittel zur Förderung der Kreativwirtschaft sind sogar um vier Fünftel zusammengestrichen worden von 900.000 Euro auf nur noch 180.000 Euro, obwohl die Branche mit 47.000 Unternehmen im Vorjahr etwa 38 Mrd. Euro an Umsatz generierte und vielfach auf Sockelförderungen angewiesen ist. Auch die Mittelstands- und Gründungsförderung wurden im Haushalt 2025 halbiert, die Förderung des Tourismus ebenfalls mehr als halbiert. Die Förderung der Freien Berufe wurde sogar um volle 375.000 Euro auf null gekürzt.[29] Im aktuellen Haushalt 2026 setzt sich dies fort und es sind auf dieser niedrigeren Basis erneut Kürzungen beim Mittelstand vorgenommen worden: die Mittel für Digitalisierung und Innovationen in KMU werden nach der Vorjahreskürzung erneut um noch einmal fast die Hälfte um rund 12 Millionen Euro gekürzt. Der Ansatz zu Mobilfunk, Cybersicherheit und Resilienz der Wirtschaft wird fast komplett gestrichen. Die Förderung im Bereich KI und Robotik wird ebenfalls um vier Millionen Euro gekürzt.[30] In den Tätigkeitsfeldern, wo die Landesregierung gestalterisch aktiv werden und eigene Mittel vorsehen könnte, kürzt sie fortwährend bei der Förderung von Zukunftstechnologien, Innovationen und der Unterstützung der mittelständischen Branchen im Querschnitt.

Jenseits der ausgeführten Tatenlosigkeit und der Ignoranz gegenüber mittelständischen Interessen ist der Umgang der Regierung Wüst mit Unternehmen in Not während der Energiekrise 2022/23 und in Folge der Corona-Pandemie bemerkenswert. Versuchte die Landesregierung doch einmal, der Wirtschaft unter die Arme zu greifen, ging dies meist nach hinten los. Das verdeutlichen die Härtefallhilfen und die Corona-Soforthilfe 2020.

Aufgrund der Kostensteigerungen für Energie sind im März 2023 Härtefallhilfen eingeführt worden. Für diese konnte sich kaum ein Unternehmen qualifizieren. Antragsberechtigt war, wer eine Vervierfachung der Strom- oder Gaskosten sowie einen Anteil von mindestens drei Prozent der Energiekosten am Umsatz nachweisen konnte. Nach drei Monaten waren somit lediglich 15 Anträge auf Unterstützung erfolgt, wo Ministerin Neubaur wenige Monate zuvor noch von 5.000 – 10.000 Unternehmen ausgegangen war.[31]

Ähnlich mager ist die Bilanz der Härtefallhilfen für Heizkosten von privaten Verbrauchern ausgefallen. Der Bund hatte dem Land 379 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, etwa 1,2 Millionen Haushalte waren antragsberechtigt. Letztlich sind nur 15,7 Millionen Euro an 39.000 Antragstellende geflossen.[32] Wenn die Landesregierung in der Krise unterstützt hat, dann mit einem Hilfsangebot, das nicht angenommen wurde.
Sind doch einmal Hilfsgelder geflossen, setzte Schwarz-Grün anschließend alle Hebel in Bewegung, um sie wieder einzusammeln. Besonders deutlich zeigt das der Fall der Corona-Soforthilfen 2020. Die Soforthilfen sollten pandemiebedingte Einnahmeausfälle von Kleingewerbetreibenden, Handwerksbetrieben, Solo-Selbständigen und Freiberuflern überbrücken. Vorgesehen waren nach Betriebsgröße gestaffelte pauschale Hilfen, für Betriebe mit unter fünf Beschäftigten maximal 9000 Euro. Ihr Zweck: Existenzsicherung in der Krise. 430.000 Anträge wurden bewilligt, 4,5 Milliarden Euro – nahezu ausschließlich Bundesmittel – ausgezahlt.[33] Ein sparsamer Umgang mit Steuergeldern ist grundsätzlich richtig. In diesem Fall endete ein pragmatisch gedachtes Hilfsangebot in bürokratischem Irrsinn. Nach der Auszahlung prüfte das Land in Kleinstarbeit den tatsächlichen individuellen Bedarf der Begünstigten und verschickte Rückzahlungsforderungen. Rechtswidrig – wie das OVG-Münster nach Klagen befand. Doch

[29] Zahlen 2025 vgl. Vorlage 18/3120, S. 19 – 24.
[30] Zahlen 2026 vgl. Vorlage 18/4364, S. 52 – 60.
[31] Fragestunde im Plenum am 08.12.2022, Plenarprotokoll 18/17, S. 82.
[32] Vorlage 18/1985, S. 2.
[33] Vorlage 18/1728 vom 12. Oktober 2023, S. 2.

wer nicht geklagt hatte, musste dennoch zahlen. Bis heute besteht Schwarz-Grün auf Rückzahlungen auf Heller und Pfennig – anders als etwa Baden-Württemberg und Bayern, wo bessere, wirtschaftsfreundlichere Lösungen gefunden wurden. Die Ministerin erklärte bereits 2023: „Die bestandskräftigen Schlussbescheide aufrechtzuerhalten, ist keine ungerechtfertigte Härte für die Antragstellenden. Nach Abschluss des Rückmeldeverfahrens durch den Schlussbescheid hätte jeder Antragstellende die Möglichkeit gehabt, Klage gegen die Entscheidung der Bezirksregierung zu erheben und diese durch die Verwaltungsgerichte überprüfen zu lassen. Davon haben aber nur rund ein Prozent der Antragstellenden Gebrauch gemacht.“ [34] Mit anderen Worten: Wer auf ein faires Verfahren seitens des Staates vertraut hat, ist nach Ansicht dieser Regierung selbst schuld.

Das ist Krisenhilfe der Regierung Wüst: In der Not gewährte Unterstützung kann Jahre später zur möglicherweise existenzgefährdenden Inkassoforderung werden – einzig damit die Landesregierung ihre Haushaltszahlen aufbessern kann. Noch vor wenigen Wochen erklärte das Wirtschaftsministerium lapidar: „Der sparsame Umgang mit öffentlichen Mitteln hat das Interesse der Adressaten bestandskräftiger Schlussbescheide überwogen. Eine unbillige Härte war nicht festzustellen […]“[35]. So verspielt man Vertrauen. Hinzu kommt: Für Schlussabrechnungen, Anträge und Rechtsverfolgungskosten stellte die Landesregierung allein im Nachtragshaushalt 2022 und im Haushalt 2023 die erkleckliche Summe von rund 173 Millionen Euro für externe Dienstleister zurück. Die Anwaltskosten allein für das erst- und zweitinstanzliche Verfahren bezifferte sie bislang auf weitere rund 3,05 Millionen Euro.[36] Wir finden, dieses Geld wäre in dieser wirtschaftlichen Lage besser bei den Betrieben aufgehoben gewesen. Die Landesregierung hätte die Rechtswidrigkeit der Schlussbescheide politisch allgemeinverbindlich anerkennen und auf Rückforderungen verzichten müssen.

„Pics or it didn’t happen“ – Außendarstellung als Wirtschaftspolitik der Regierung Wüst

Zur Bilanz der schwarz-grünen Wirtschaftspolitik gehört neben Abwarten und Abwickeln schließlich die Außendarstellung als politischer Kerninhalt. Wo Wirtschaftsbranchen zwar solide zur Wertschöpfung beitragen und Beschäftigung bieten, aber der Zeitgeist und übergeordnete Entwicklungen wie Sicherheitsfragen oder Energiewende keine Dynamiken verheißen, bleibt die Regierung Wüst unsichtbar. Im Fokus steht, was auch aufmerksamkeitsökonomisch verwertbar ist: Verteidigungsindustrie, Künstliche Intelligenz, Energiewende.

(1) Mit dem Netzwerk Defence.NRW wurde 2025 eine neue Plattform geschaffen, die Verteidigungsausgaben und Rüstungsinnovationen für die nordrhein-westfälische Wirtschaft durch weiche Faktoren wie Konferenzen und Werbung gewinnen will. Tatsächlich handelt es sich vor allem um bunte Broschüren und kommunikative Akte, etwa wenn der Ministerpräsident bei einem Netzwerktreffen den Branchenvertretern zuruft, sie sollten nicht zögern zu investieren, da sie diesmal auf der richtigen Seite der Geschichte stünden.[37]

(2) Wer die Losung „von der Kohle zur KI“[38] für Nordrhein-Westfalen ausgibt, um in die Zukunft zu weisen, darf die Arbeit im Maschinenraum des Strukturwandels nicht vergessen. Wer während der USA-Reise das Silicon-Valley medienwirksam besucht, aber

[34] Presseinformation 166/03/2023 vom 14.03.2023, unter: https://www.land.nrw/pressemitteilung/weitere-verlaengerung-der-rueckzahlungsfrist-der-nrw-soforthilfe-2020-bis-zum-30. [26.05.2026].
[35] Vorlage 18/5031, S. 2, unter: https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV18-5031.pdf [26.05.2026].
[36] Vorlage 18/1728, S. 6 f.
[37] https://www.waz.de/politik/article410884715/wuest-umarmt-ruestungsindustrie-ihr-steht-auf-richtigen-seite-der-geschichte.html [26.05.2026].
[38] https://www.land.nrw/ki-konferenz [27.05.2026].

gleichzeitig im eigenen Zuständigkeitsbereich die Finanzmittel für digitale Innovationen, Mobilfunkausbau, schnelles Internet und Cybersicherheit radikal streicht, macht sich unglaubwürdig. Der Ministerpräsident nimmt den Kohleausstieg verbal in diesem Slogan schon vorweg, als sei er nicht mehr seine Angelegenheit. Dabei laufen die Kohlemeiler noch. Die Wirtschaftsministerin hat den Braunkohleausstieg mit Bundesminister Habeck und RWE 2022 für 2030 vereinbart, acht Jahre früher als ursprünglich mit 2038 geplant. Mit den Betroffenen – den energieintensiven Industrien Nordrhein-Westfalens – wurde das nicht vorher besprochen. Und nun wird das Datum kaum zu halten sein, weil auch hier die Landesregierung die Außendarstellung gegenüber der Arbeit im Maschinenraum vorgezogen hat. Für sie ist klar: Das Datum steht, wenn es nicht klappt, findet man dafür eine Kommunikationsstrategie und andere Verantwortliche. Doch diese Entscheidung lässt sich nicht zurückdrehen. Jetzt gilt es den Evaluationsbericht abzuwarten und dann schnellstmöglich und in jedem Fall noch vor der Landtagswahl 2027 eine Entscheidung darüber zu treffen, ob auf die Option der Laufzeitverlängerung um drei Jahre zurückgegriffen wird. Diese Planungssicherheit wird dringend benötigt, damit alle Energie im Rheinischen Revier der Schaffung neuer Arbeitsplätze gewidmet werden kann. Der Strukturwandel im Rheinischen Revier kann noch erfolgreich vollzogen werden, wenn ihm seitens der Landesregierung die notwendige Priorität eingeräumt wird. Dazu braucht es einen klaren Fokus auf Arbeitsplätze und Industrie, schlankere und transparentere Verfahren und einen Revierbeauftragten in der Staatskanzlei, der die Übersicht hat und Projekte vorantreibt. Rechenzentren und KI haben ein sehr großes wirtschaftliches und Arbeitsplatzpotential. Um dieses zu nutzen, braucht es eine aktive Ansiedlungspolitik und die nötige Energiesicherheit auch für Gewerbeparks, die rund um die Ansiedlung der Rechenzentren entstehen sollen und in denen weitere hochwertige Arbeitsplätze entstehen können.

Schwarz-Grün hat den Kohleausstieg vorgezogen, ohne die Voraussetzungen dafür zu schaffen – die ausreichenden Stromnetzkapazitäten für die erneuerbaren Energien und die Absicherungskapazitäten mittels Erdgaskraftwerken. Wer Entscheidungen fällt, ohne das Gelingen zu kontrollieren oder ohne es gar in der Hand zu haben, handelt verantwortungslos. Die SPD-Fraktion hat ihrerseits 2024 ein Konzept vorgelegt zur Prüfung in einer Machbarkeitsstudie, das den Kohleausstieg in NRW absichern, Netzausbaukosten reduzieren und die aktuellen Probleme regional unzureichender Stromkapazitäten adressiert mittels des weltgrößten Pumpspeicherkraftwerks. Die Regierungsmehrheit lehnte schon die Prüfung des Vorhabens in einer Studie ab, ohne eigene Vorschläge zu machen.

(3) Innovationen und Entwicklung bedeuten immer auch Neues. Doch darüber dürfen die Bestandsstrukturen nicht vernachlässigt werden, die den Weg in die Zukunft beschreiten wollen. Das gilt auch für die Energiewende. Transformation und Klimaschutz waren erklärte Herzensthemen der Koalition. Doch der Haushalt 2026 zeigt erstmals drastische fiskalische Einschnitte auch bei diesen ehemaligen Kernthemen. Transformation der Industrie und Klimaschutz finden nicht mehr gleichermaßen gesellschaftlichen Rückhalt wie vor wenigen Jahren und nun auch nicht mehr gleichermaßen uneingeschränkte Finanzierung der Landesregierung.

Deshalb sollen ausgewählte Leuchtturmprojekte der Energiewende Handlungsfähigkeit anzeigen. Genau dieses Vorgehen zeichnet die Arbeit von CDU und Grünen in Nordrhein-Westfalen aus: Mittel werden bei Leuchtturmprojekten gebündelt, von denen man sich im Sinne eines trickle-down-effects Positiveffekte für die ganze Wirtschaft erhofft. Doch der trickle-down-effect ist wirtschaftstheoretisch schon genauso überholt wie die Wirtschaftspolitik der Regierung Wüst. Was wirtschaftswissenschaftlich kaum Belege findet und seit Dekaden volkswirtschaftlich unerfüllt bleibt, kann auch in der wirtschaftspolitischen Praxis kaum Erfolge zeitigen.

Das größte Leuchtturmprojekt ist die Förderung der Direktreduktionsanlage bei Thyssenkrupp Steel in Duisburg für die klimaschonende Stahlproduktion. Mit rund zwei Milliarden Euro öffentlicher Gelder wird die Umstellung der Produktionsprozesse von Kohle auf Wasserstoff gefördert, davon steuert das Land knapp 700.000.000 Euro bei – die größte Einzelförderung der Landesgeschichte. Der Mittelaufwand ist angesichts der vielen Tausend Beschäftigten in Duisburg, angesichts der geostrategischen Bedeutung der Stahlindustrie und angesichts der Bedeutung der geplanten Anlage für die garantierte Nachfrage und Skalierung der Wasserstoffwirtschaft in NRW zu rechtfertigen. Nicht zu rechtfertigen ist jedoch, wenn CDU und Grüne solche Summen ohne Sicherheiten (Standortgarantie, Beschäftigungsgarantie, verlängerte Patronatserklärung des Mutterkonzerns) gewähren; wenn solchen Summen ein massiver Arbeitsplatzabbau folgt (11.000 Stellen) und wenn ohne Verwirklichung dieses Leuchtturmprojekts die ganze Industriepolitik der Landesregierung wie ein Kartenhaus zusammenfiele (keine Auslastung des H2-Kernnetzes, keine zeitnahe Verfügbarkeit der nötigen Angebotsmengen und -preise von Wasserstoff für die mittelständische Industrie).

Aktuell ist ein Fertigstellungstermin auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Haftung der Thyssenkrupp AG für die Fördermittel in Form einer Patronatserklärung ist Ende 2025 ausgelaufen, während die Stahlsparte zum Verkauf steht. Eine Inbetriebnahme der Direktreduktionsanlage mit Wasserstoff scheint wirtschaftlich ausgeschlossen, sodass es einen längeren Übergangsbetrieb mit Erdgas bedarf. Die SPD-Fraktion begleitet das Vorhaben konstruktiv und hat zur Sicherung der Stahl-Industrie im Land umfangreiche Lösungen vorgebracht (Antrag 18/9165 – „Stahl ist Zukunft. Und die gehört zu NRW!“). Ein Stahlgipfel wurde schon direkt zu Beginn der Legislatur 2022 gefordert. Ministerpräsident Wüst lud zu einem Gipfelchen erst 2024 im Kleinformat ein. Ein bundesweiter Stahlgipfel im Kanzleramt folgte 2025. Auch hier gab die SPD-Fraktion dem Ministerpräsidenten eine Agenda an die Hand (Eilantrag 18/16299 – „Heimatstahl sichern – Zukunft gestalten: wofür sich das Industrieland NRW beim Stahlgipfel im Bund einsetzen muss“), aber auch auf diese Initiativen griff die Landesregierung nicht zurück.

Ein zweites Leuchtturmprojekt der Landesregierung in der Transformation dient der Etablierung von Carbon Capture and Storage (CCS), der Abscheidung und Speicherung von CO2 aus Produktionsprozessen. Wo CO2-Emissionen prozessbedingt kaum vermieden werden können, wie in der Kalk- oder Zementindustrie, soll CCS die Klimaneutralität ermöglichen. Ein Einzelprojekt in Geseke wird insgesamt mit 191 Millionen Euro bezuschusst, um dort in der Zementproduktion CO2 abzuscheiden. Da das CO2-Netz erst in Planung ist, sollen Kesselwagen über einen Verladebahnhof das abgeschiedene CO2 zur Verpressung an die Nordsee bringen. Pikanterweise stimmten Fraktionsmitglieder von Bündnis 90 / Die Grünen im zuständigen Regionalrat 2024 gegen das von der grünen Wirtschaftsministerin geförderte Bahnhofsprojekt.[39]

Ein drittes Leuchtturmprojekt ist die Förderung von Batterietechnik im Land, die mit der Forschungsfertigung Batteriezelle in Münster positiv angelaufen war. Das komplementäre Projekt für Batterierecycling in Ibbenbüren, das Zentrum für zirkuläre Wertschöpfung Batteriezelle (ZZWB), scheiterte aber an den starren EFRE-Förderregularien und der mangelnden Unterstützung der Landesregierung. Für einen alternativen Förderzugang stand diese nicht bereit.[40]

Schwarz-Grüne Wirtschaftspolitik – diesen Eindruck muss man demnach gewinnen – hat nur die großen Prestigeprojekte im Blick, aber nicht die vielen hart arbeitenden Beschäftigten im

[39] https://www1.wdr.de/mediathek/audio/nrw-studios/audio-regionalrat-zu-co-bahnhof-in-geseke-100.html [25.05.2026].
[40] APr 18/748, S. 30, unter: https://landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMA18-748.pdf [27.04.2026]

Land. Es wird deutlich, dass bei Einzelförderungen von hunderten Millionen Euro kaum eine wirksame Kontrolle eines sparsamen Umgangs mit öffentlichen Mitteln erfolgt, während bei Solo-Selbständigen und Kleinverdienern mit immensem Aufwand und unter hohen Kosten mögliche Überzahlungen von einigen hundert Euro rückabgewickelt werden sollen. Die schwarz-grüne Koalition lässt den Mittelstand im Land und die vielen Beschäftigten seit Jahren im Stich. Ein wirtschaftlicher Abstieg ist da nur folgerichtig.

Simulierte Wirtschaftspolitik findet ihre schwarz-grüne Verwirklichung aber in Reinform durch die Veröffentlichung von Absichtsbekundungen und Zielformulierungen, die nach einem organisierten Stakeholder-Verfahren zu Papier gebracht und konsequenzlos veröffentlicht werden. Politische Prozesse, die Interessensgruppen und Branchenvertreter zum Schulterschluss animieren, entfalten ihren Wert erst bei der Umsetzung vereinbarter Maßnahmen. Diese Umsetzungsakte stehen jedoch auf ganzer Linie aus. Somit werden Prozess und kommunikativer Abschlussakt zur Politik selbst erhoben.[41] Zwei prominente Beispiele sind das im Mai 2025 verabschiedete industriepolitische Leitbild NRW und der Chemie- und Raffineriepakt vom November 2025.

Das industriepolitische Leitbild ist das Ergebnis eines breiten Beteiligungsprozesses „Zukunftsdialog Industrie“ mit Wirtschaftsverbänden und Sozialpartnern. Darin sind Zielvorstellungen und allgemein gehaltene Maßnahmen zur Zielerreichung für einen zukunftsfähigen Industriestandort festgehalten.[42] Schon bei der Pressekonferenz zur Vorstellung des Leitbilds betonte IHK NRW-Präsident Stoffels: „Ungeachtet aller internationalen Herausforderungen müssen wir in NRW unsere Hausaufgaben machen, damit der Standort wettbewerbsfähig bleibt. Viele Hebel – Industrieflächen, Planungs- und Genehmigungsverfahren, leistungsfähige Infrastrukturen, Investitions- und Energiesicherheit – hat das Land selbst in der Hand.“ Unternehmerpräsident Kirchhoff forderte verbindliche Umsetzungsschritte und ergänzte: „…Gleichzeitig ist das Land gefordert, durch entschlossenes Handeln im eigenen Verantwortungsbereich selbst einen spürbaren Beitrag zur Stärkung der NRW-Industrie zu liefern. […] Ich erwarte, dass das neue Leitbild nun auch von der gesamten Landesregierung konsequent in konkrete Maßnahmen überführt und zügig umgesetzt wird.“ Für die Gewerkschaftsseite stellte die nordrhein-westfälische DGB-Vorsitzende Weber klar: „Deshalb ist es zentral, das Leitbild nun im Kontext europäischer, bundes- und besonders landespolitischer Maßnahmen mit Leben zu füllen und die Vorstellungen für einen starken, zukunftsfähigen Industriestandort NRW im engen Austausch mit den Sozialpartnern umzusetzen. […] Handlungsfelder gibt es reichlich, diese sind im Leitbild gut beschrieben, nun kommt es auf das Machen an.“[43] Doch genau das findet nicht statt. Die SPD-Fraktion verdeutlichte ihre Agenda im September 2025 im Antrag 18/15579, „NRW muss funktionieren – Wirtschaftsstandort NRW und deinen Arbeitsplatz sichern“, den CDU und Grüne ablehnten.

Ähnlich verhält es sich mit dem Chemie- und Raffineriepakt[44] der Landesregierung aus vergangenem November, der mit Branchenverbänden und Industriegewerkschaft vereinbart wurde. Es war die SPD-Fraktion, die nach dem Bekanntwerden der Verkaufspläne der Raffinerie in Gelsenkirchen im März 2025 eine parlamentarische Initiative startete (Antrag 18/13147 – „Ausverkauf bei BP im Ruhrgebiet? Raffinerien haben eine Zukunft in NRW – die Landesregierung muss Standorten und Arbeitsplätzen eine Perspektive sichern“). Darin wurde die

[41] Vgl. das politikwissenschaftliche Konzept der „simulativen Demokratie“ nach Ingolfur Blühdorn, unter: https://www.wu.ac.at/fileadmin/wu/d/i/ign/INDES_Gespraech_zur_simulativen_Demokratie_-_freigegebene_Endversion.pdf, S. 4 [26.05.2026].
[42] Unter: https://www.wirtschaft.nrw/system/files/media/document/file/mwike_leitbild.pdf [26.05.2026].
[43] https://wirtschaft.nrw/neues-industriepolitisches-leitbild-fuer-die-zukunft-der-industrie-fuer-ein-starkes-nordrhein [26.05.2026].
[44] https://www.wirtschaft.nrw/system/files/media/document/file/chemie_und_raffineriepakt_nrw_071125_m_unterzeichnern.pdf [26.05.2026].

Landesregierung aufgefordert, den Verkaufsprozess aktiv zu begleiten, für Investoren zu werben, Beschäftigung zu sichern und der Bedeutung der Raffineriestandorte in NRW durch konkrete Maßnahmen gerecht zu werden, um sie in der Transformation zu unterstützen. Dies hat die Regierungskoalition abgelehnt. Im April startete die Landesregierung daraufhin einen „Strategiedialog Raffinerien“, an dessen Ende im November der Chemie- und Raffineriepakt stand. Von politischen Maßnahmen war jedoch nichts zu spüren. In der Sachverständigenanhörung im Juli hieß es seitens des Betriebsrats der Ruhr Oel GmbH BP Gelsenkirchen: „Dann zu Ihrer Frage zur Einschätzung Sichtbarkeit und Unterstützung der Landesregierung hier in Nordrhein-Westfalen. Wir erwarten neben den kurzfristig gekommenen Beileidsbekundungen im Rahmen des Verkaufsprozesses, dass […] es hier vorangeht, dass die Politik aktiv alle Parteien ins Boot nimmt, vernünftige Rahmenbedingungen zu schaffen in die Zukunft hinein, damit der Standort in Gelsenkirchen, aber auch die Standorte in Wesseling eine zukunftsfähige Option entwickeln können im Rahmen der Transformation. Davon spüren wir leider noch zu wenig. Hier ist die Erwartungshaltung, dass die Landespolitik noch präsenter wird […]“[45] Bei Verabschiedung des Pakts betonte auch der Vorstandsvorsitzende des Verbands der chemischen Industrie NRW, Wessel, die Handlungsaufträge an die Landesregierung: „Der Chemie- und Raffineriepakt ist ein starkes Signal – jetzt muss die Politik schnell liefern, damit wir auch zukünftig noch hier produzieren, investieren und Arbeitsplätze sichern können.“[46] Ministerin Neubaur versprach Konsequenzen und kündigte mehrfach Bundesratsinitiativen an: „Wir werden die jeweiligen einzelnen Bausteine Schritt für Schritt auf den entsprechenden Ebenen verdeutlichen – im Bund über Bundesratsinitiativen unterschiedlichster Ausprägung oder über Voten, die wir in Richtung der Europäischen Union abgeben.“[47] Eine Auswertung der Bundesratsinitiativen des vergangenen und laufenden Jahres aus NRW zeigt: bisher folgte nichts. Über andere Umsetzungsschritte ist ebenfalls nichts bekannt. Aber die Landesregierung verweist dann auf das Dokument: den Chemie- und Raffineriepakt. Die SPD-Fraktion hat neben dem Raffinerie-Antrag die Bedeutung der Chemie-Industrie im Land und die nötigen Unterstützungsmaßnahmen bereits im September 2025 im Antrag 18/15581 – „NRW muss funktionieren – die Chemieregion Europas stärken, Standortbedingungen verbessern, Wohlstand der Zukunft schaffen“ dargelegt – auch dieser wurde von CDU und Grünen abgelehnt.

Diese Politik der Zurschaustellung von Themen und Leuchttürmen, der erklärten Unzuständigkeit und des Aussitzens von Prozessen, die man nicht für gewinnbringend erachtet, eint im Ergebnis eines: sie bleibt an der Seitenlinie, sie kommentiert, anstatt zu gestalten, sie moderiert und simuliert, aber sie entfaltet kaum Wirkung. So ist es nicht verwunderlich, dass die Wirtschaftszahlen für Nordrhein-Westfalen seit vier Jahren in den Keller gehen. Solches Regierungshandeln wird NRW nicht gerecht. Darum muss gelten: NRW, jetzt erst gerecht!

II. Der Landtag stellt fest,

- dass sich NRW wirtschaftlich im Abstiegskampf befindet: Wirtschaftsstrukturen sind nach vier Jahren zwischen Rezession und Nullwachstum weggebrochen, die Wirtschaftsleistung ist im Bundesvergleich unterdurchschnittlich und vielfach schlechter als 2022.
- dass der Wirtschaftsstandort unter Schwarz-Grün im internationalen und nationalen Wettbewerb deutlich an Boden verloren hat.
- dass die Regierung Wüst die Wirtschaftslage über Jahre hinweg nicht verbessern konnte, sondern mit ihrer unzureichenden Wirtschaftspolitik des Aussitzens und der folgenlosen Außendarstellung den Wirtschaftsabstieg verantwortet,

[45] APr 18/934, S. 5.
[46] https://wirtschaft.nrw/chemiegipfel-nrw-2025-landesregierung-und-industrie-schliessen-pakt-zur-sicherung-des-chemie-und [27.05.2026].
[47] APr 18/1095 vom 10.12.2025, S. 47.

- dass diese Negativspirale ohne wirksame politische Interventionen sich in einer fortschreitenden De-Industrialisierung verfestigt und Wohlstand wie Zukunftschancen für die Menschen in Nordrhein-Westfalen kostet,
- dass wichtige Impulse zur Stärkung des Mittelstands bis heute ausgeblieben sind.
- dass die hart arbeitenden Beschäftigten und die kleinen und mittleren Unternehmen im Land von Schwarz-Grün im Stich gelassen werden – bei wirksamen Entlastungsmaßnahmen in der Energiekrise, bei Rückforderungen von Corona-Hilfen auf Basis rechtswidriger Schlussbescheide und mit Blick auf die haushalterisch drastischen Kürzungen für mittelständische Branchen, Innovationen und Zukunftstechnologien,
- dass wesentliche politische Vereinbarungen wie der Chemie- und Raffineriepakt oder Maßnahmen des industriepolitischen Leitbilds weiterhin auf Umsetzung warten.
- dass Nordrhein-Westfalen Zukunft verdient hat und dafür wirtschaftlich wieder nach vorne muss – das beginnt mit einer anderen Wirtschaftspolitik!

III. Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

1. eine aktive Wirtschaftspolitik zum Wohle Nordrhein-Westfalens zu verfolgen, statt den wirtschaftlichen Abstieg zu verwalten und sich für unzuständig zu erklären,
2. insbesondere mit einer aktiven Industriepolitik die wirtschaftliche Basis unseres Bundeslands zu sichern, der Lebensleistung berufstätiger Familien gerecht zu werden und Zukunftschancen für Wohlstand und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erarbeiten;
3. Heimatstahl und Heimatchemie als wesentliche Pfeiler der Wertschöpfung in NRW und als Voraussetzung geopolitischer Resilienz zu sichern;
4. den Absichtsbekundungen und Zielbeschreibungen der Landespolitik endlich Taten folgen zu lassen und konkrete Umsetzungen des Chemie- und Raffineriepakts noch bis zum Herbst im Landtag und im Bundesrat auf den Weg zu bringen;
5. Innovationen in Unternehmen sowie Schlüsseltechnologien gezielt zu unterstützen, statt Mittel zu kürzen, NRW wieder auf den Pfad der Technologieführerschaft führen;
6. die KMU im Land nicht länger zu vernachlässigen, sondern kostenseitig zu entlasten und finanziell zu unterstützen – auch in Handwerk, Handel oder Tourismus.
7. die Transformation in den vom Kohleausstieg betroffenen Gebiete zielgerichtet voranzutreiben und mit einer aktiven Ansiedlungspolitik dafür zu sorgen, dass auch dort neue Arbeitsplätze entstehen.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Alexander Vogt
André Stinka

und Fraktion